NR. 140 05.11.2014

www.laender-analysen.de/ukraine

BANDERA-POLITIK
ANTISEMITISMUS
WAHLEN IN DEN SEPARATISTENGEBIETEN
EINIGUNG IM GASSTREIT

- ANALYSE
  Stepan Banderas Nachleben wird gefeiert — 2
  Von Andre Liebich und Oksana Myshlovska, Genf
- TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT
  Bandera-Denkmäler in der Ukraine — 4
- KOMMENTAR
  Antisemitismus in der Ukraine — 7
  Von Iosif Sissels, Kiew
- GRAFIKEN ZUM TEXT
  Dynamik der antisemitischen Vorfälle in der Ukraine — 9
- ANALYSE
  Wahlen in den Separatistengebieten — 11
  Von Heiko Pleines, Bremen
- DOKUMENTATION
  Stellungnahmen zu Separatisten-Wahlen der bei den Minsker Friedensverhandlungen vertretenen Parteien — 13
- DOKUMENTATION
  Russisch-ukrainische Einigung auf Übergangslösung im Erdgasstreit — 16
- CHRONIK
  27. Oktober – 2. November 2014 — 18

Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Mit finanzieller Unterstützung des
Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

ANALYSE

Stepan Banderas Nachleben wird gefeiert

Von Andre Liebich und Oksana Myshlovska, Genf

Zusammenfassung

Dieser Artikel wirft einen Blick auf das Gedenken an den nationalistischen Anführer Stepan Bandera (1909–1959) seit der ukrainischen Unabhängigkeit. Er untersucht Bandera gewidmete Denkmäler, Tafeln, Museen und Straßen sowie andere Formen des Gedenkens in der gesamten Ukraine. Zudem behandelt er die Kontroversen um das Gedenken und dessen Politisierung.

Einleitung

In den letzten zwei Jahrzehnten und besonders im letzten Jahr hat das Gedenken an den nationalistischen Anführer Stepan Bandera (1909–1959) die Grenzen der »Banderivskyy kray« (»Orte Banderas«) überschritten, also jene Orte, die mit Banderas Leben und seinen Aktivitäten in der Ukraine verbunden sind. Banderas Heroisierung und Mythisierung haben die Kontroversen um OUN und Ukrainische Aufständische Armee (UPA) überdeckt, jene beiden Organisationen, die mit seinem Namen verknüpft sind – militante nationalistische Formationen, die im Zweiten Weltkrieg und sogar noch danach gegen die Sowjets kämpften und die als faschistisch, totalitär, antisemitisch und xenophob gebrandmarkt wurden. 2010 verlieh Präsident Juschtschenko Bandera den Titel »Held der Ukraine« (der ihm noch im selben Jahr von Wiktor Janukowitsch wieder aberkannt wurde), und jüngst wurde Bandera zu einem Schlüsselsymbol der Euromaidan-Proteste von 2014.

Bandera, der sich nach 1934 weitgehend oder sogar vollständig außerhalb der Ukraine aufgehalten hat, ist weniger eine historische Persönlichkeit aus Fleisch und Blut als vielmehr ein Symbol, wobei die fehlende persönliche Bekanntschaft mit ihm zu seiner umso höheren Wertschätzung führt. Banderas Name wurde einer Generation junger Nationalisten zum Symbol des Befreiungskampfs, obwohl er diesen von weit weg führte und seine tatsächlichen Erfolge weit hinter der Legende um ihn zurückbleiben. In Sowjetzeiten repräsentierte Bandera eine Gegenerinnerung und sein Name stand für einen Kult, der proportional zu seiner Denunziation durch die Sowjets wuchs und besonders in der Diaspora gepflegt wurde.

Topographie des Bandera-Gedenkens

Seit der ukrainischen Unabhängigkeit wird Banderas im öffentlichen Raum gedacht. Anfang 2014 gab es 46 lebensgroße Statuen oder Büsten von Stepan Bandera und 14 Gedenktafeln in den Oblasten Lwiw, Iwano-Frankiwsk und Ternopil sowie jüngst auch in den Oblasten Riwne und Wolhynien, also weit entfernt von den Orten Banderas (s. Tabellen 1 und 2). Sie alle entstanden nach 1990, ihre Errichtung ist relativ gleichmäßig über diesen Zeitraum verteilt, wobei es drei Hochphasen des Baus gab. Die erste fand in den frühen 1990er Jahren auf der Welle des neuerwachten Nationalpatriotismus nach der Erklärung der ukrainischen Unabhängigkeit statt. In dieser Zeit wurden acht Denkmäler errichtet (zwei von ihnen sind inzwischen zerstört). Die zweite Hochphase fiel in die Präsidentschaft Wiktor Juschtschenkos (2005–2010), als OUN und UPA sowie ihre Anführer staatlicherseits stärker als Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine anerkannt wurden. Die dritte Hochphase der Entstehung in den Jahren 2011 und 2012 kann als Reaktion auf und als Protest gegen das »antiukrainische Janukowitsch-Regime« betrachtet werden, das Bandera den »Held der Nation«-Titel aberkannte.

Die Denkmäler sind von ganz unterschiedlicher Größe. Das Bandera-Denkmal in Lwiw misst sieben Meter vor einem 30-Meter-Bogen, das in Iwano-Frankiwsk ist auf einem 4,8-Hektar-Grund errichtet, was etwa sechs Fußballfeldern entspricht. Als anderes Extrem findet man eine bescheidene Statue und eine Reihe entsprechend gestalteter Büsten in den Dörfern Horischne (Oblast Lwiw) und Usyn (Oblast Iwano-Frankiwsk) mit ihren 701 bzw. 927 Einwohnern (im Jahr 2001). Einige Denkmäler sind sehr zentral in den Städten platziert, etwa das in Velyki Mostys (Oblast Lwiw), das auf dem Unabhängigkeitsplatz, dem früheren Lenin-Platz, steht; andere, wie die in Butschatsch oder Pidwolotschysk (Oblast Ternopil), sind an der Peripherie gelegen.

Neben den Denkmälern und Tafeln wurden Hunderte von Straßen nach Bandera benannt, und nicht nur an den Orten, an denen die Denkmäler stehen. Außer den Denkmälern entstanden zwischen 1990 und 2010 auch fünf Bandera-Museen an mit seinen Lebensphasen verbundenen Orten; zudem gibt es Pläne der Allukrainischen Vereinigung Swoboda, ein Bandera-Museum in Lwiw zu eröffnen. 2012 rief der Oblast Lwiw den »Stepan Bandera, Held der Ukraine«-Preis ins Leben, der jeweils am 1. Januar – Banderas Geburtstag – an eine Einzelperson oder eine Organisation für Verdienste an der Entwicklung des ukrainischen Nationalstaats verliehen wird.

Sowjetisches Erbe

Bandera wird als der ultimative antisowjetische Held gefeiert. Dennoch gibt es eine überraschend starke Kontinuität zwischen sowjetischen und postsowjetischen Formen der Erinnerung. Nur wenige Bandera-Denkmäler in der Westukraine ersetzen direkt sowjetische Denkmäler. In Drohobytsch, Welyki Mosty und Turka wurde Bandera an Plätzen aufgestellt, an denen zuvor Lenin stand. In Bereschany ersetzt er Dzierżyński, in Iwano-Frankiwsk einen sowjetischen Panzer, in Sambir ein Denkmal für die Opfer des Zweiten Weltkriegs und in Staryj Sambir ein Denkmal für eine Arbeiterin.

Die meisten mit den Plänen für die neuen Bandera-Denkmäler beauftragten Bildhauer waren ausgereifte und nicht durch Assoziationen mit sowjetischen Gedenkstrukturen kompromittierte Künstler. Die Öffentlichkeit war daher umso überraschter, als sie feststellte, dass einige der Bandera-Denkmäler Lenin ähneln. Vielleicht hätte die Überraschung nicht ganz so groß sein müssen, schließlich gibt es auch andere Anleihen an sowjetischem Repertoire, etwa die »Beschlüsse zum Helden der Ukraine« oder patriotische Zeremonien, die seltsam an den Bombast der Breschniew-Ära erinnern. Auffällig ist auch die manchmal verspätete Erkenntnis der Künstler, dass der kleine und schwächliche Bandera kaum von heroischer Gestalt war; sie hielt sie nicht davon ab, ihn in heroischer Pose zu porträtieren. Und der erkennbarste zur Verfügung stehende Prototyp des Helden war Wladimir Iljitsch Lenin.

Erinnerungspolitik

Die Initiative für die Errichtung der Bandera-Denkmäler ging meist »von unten« bzw. von Organisationen, die korrekt als zivilgesellschaftliche Organisationen bezeichnet werden, aus, etwa von Regionalverbänden des Kongresses Ukrainischer Nationalisten, der OUN-UPA-Bruderschaft, der Nationalbewegung Ruch oder der Vereinigung Politischer Gefangener. Hinter der Errichtung einiger Bandera-Denkmäler stehen persönliche oder opportunistische Erwägungen. In Skole wurde die Errichtung des Bandera-Denkmals von Andrij Lopuschanski im Rahmen der Parlamentswahlkampagne 2012 (die er verlor) angestoßen und finanziert; Lopuschanski war ehemaliger Vorsitzender der nationalen Öl- und Gasfirma Naftohaz Ukrainy und 2006–2007 Parlamentsabgeordneter. In Kremenezt ließ der lokale Geschäftsmann Wolodomyr Tschuba eine Bandera-Statue vor dem Gebäude errichten, in dem seine ehemalige Versicherungsgesellschaft sitzt. In Dubljany regte Wolodymyr Snitynski, der Rektor der Staatlichen Landwirtschaftsuniversität Lwiw, an der Bandera von 1930 bis 1933 studierte, die Errichtung einer Statue an und initiierte Gedenkzeremonien für Bandera. In diesen Fällen genügt es, nur eine Bandera-Statue aufzustellen, ohne auf das heroische Erbe zurückzugreifen. Verschiedene Befragte gaben in einer informellen Umfrage an, »ein Denkmal in seinem Dorf zu haben, ist ein Zeichen von Zivilisation«, und fragten: »Wenn andere Orte ein Bandera-Denkmal haben, warum nicht auch wir?«

Die Bandera-Denkmäler und sicherlich auch der Bandera-Mythos wurden von politischen Gruppierungen, besonders von der Allukrainischen Vereinigung Swoboda, auch in hohem Maße ausgenutzt. Die Allukrainische Vereinigung Swoboda hat ihre Ursprünge in einer rechten, von der OUN-Ideologie inspirierten Partei, der Sozial-Nationalen Partei der Ukraine, die 1991 in der Westukraine gegründet wurde. Als sie die Bühne der nationalen Politik betreten wollte, nahm sie ihren derzeitigen Namen an, änderte ihr Erscheinungsbild, schloss einige Radikale aus und stellte 2004 den jungen und dynamischen Oleh Tyahnybok als Parteiführer auf. Sie ist für ihre ultranationalistischen, antirussischen, antisowjetischen, antipolnischen und antisemitischen Äußerungen kritisiert worden.

Es überrascht daher nicht, dass das Führungspersonal der Allukrainischen Vereinigung Swoboda aus der Errichtung von Bandera-Denkmälern Kapital schlug, auch wenn die Initiative für den Bau von der Zivilgesellschaft ausging. Tatsächlich wurden zwei Drittel der Bandera-Denkmäler nach 2005 gebaut, nach der Reorganisation der Allukrainischen Vereinigung Swoboda. Ihre Vertreter legen Wert darauf, die Errichtung der Bandera-Denkmäler nicht nur zu finanzieren, sondern auch bei ihrer Enthüllung zugegen zu sein und Gedenkfeiern abzuhalten, oft in Verbindung mit Bandera-Jahrestagen und am Fuße von Bandera-Denkmälern.

Die Allukrainische Vereinigung Swoboda hat die Tradition der Fackelzüge zu Banderas Geburtstag und zu UPA-Jahrestagen eingeführt und landesweit verbreitet. Die Prozessionen fanden vor dem Konflikt von 2014 sogar in Donezk statt und an Banderas Geburtstag über mehrere Jahre hinweg und mit steigenden Teilnehmerzahlen auch in Kiew. Parteimitglieder der Allukrainischen Vereinigung Swoboda haben sich aktiv an der Zerstörung sowjetischer Denkmäler beteiligt, die Anfang 2013 einsetzte. In mehreren westukrainischen Orten wurde daraufhin Vandalismus an Denkmälern für Bandera und andere OUN-Anführer betrieben. Nach den Euromaidan-Protesten von Anfang 2014 wurden in massivem Ausmaß Denkmäler für Lenin und andere Sowjetführer umgestürzt. Begleitet von Aufmärschen mit OUN-/UPA-Symbolen und Bandera-Porträts fand 2014 über die gesamte Ukraine verteilt die UPA-Feier statt, in Lwiw, Kiew, Charkiw und Odessa.

Zusammenfassung

Das Gedenken an Stepan Bandera, das in den frühen 1990er Jahren mit regionalen Gedenkfeiern in der

Westukraine begann, hat sich im ganzen Land verbreitet. Während der Euromaidan-Proteste wurden OUN- und UPA-Symbole auch zur Volksmobilisierung genutzt, zum Einsatz kamen OUN-Fahnen, Bandera-Porträts und der nationalistische OUN-Slogan »Slawa Ukraini, Herojam Slawa« (»Ruhm der Ukraine, Ruhm den Helden«), der neuinterpretiert in die neuen Rituale und Gedenkfeiern integriert wurde. Den OUN- und UPA-Helden wurden die neuernannten Helden zur Seite gestellt, die auf dem Maidan-Platz während der letzten Tage des Janukowitsch-Regimes im Februar 2014 Getöteten (die sogenannte »Nebesna Sotnja«, »Himmlische Hundertschaft«) sowie Teilnehmer der »antiterroristischen Operationen« in der Ostukraine.

Am 14. Oktober 2014 erließ Präsident Petro Poroschenko ein Dekret, das den 14. Oktober zum Tag der Verteidiger der Ukraine erklärt. Dieser Tag ersetzt fortan den sowjetischen Feiertag am 23. Oktober, der in der unabhängigen Ukraine bislang als Tag der ukrainischen Armee gefeiert wurde. Der 14. Oktober, ursprünglich der religiöse Feiertag der Fürbitte der Heiligen Jungfrau (auf Ukrainisch »Pokrowa«), wurde bislang als mythisches Datum der Gründung der UPA im Jahr 1942 gefeiert. Außerdem wurde an diesem Tag des Todes von Stepan Bandera gedacht, der am 15. Oktober 1959 ermordet wurde. Poroschenkos Entscheidung kann als weiterer Schritt des symbolischen Bruchs mit der Sowjetvergangenheit angesehen werden und als offizielle Anerkennung und Feier von OUN und UPA.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über die Autoren
Andre Liebich ist Honorarprofessor für Internationale Geschichte und Politik am Graduate Institute of International and Development Studies in Genf.
Oksana Myshlovska ist Research Fellow am selben Institut.
Für diesen Artikel fanden Recherchen im Rahmen des internationalen DACH-Projekts »Nation, Region and Beyond. An Interdisciplinary and Transcultural Reconceptualization of Ukraine« unter der Leitung von Professor Ulrich Schmidt, Universität St. Gallen, statt. Er basiert auf einem längeren Artikel, der in den Nationalities Papers veröffentlicht wurde: Liebich, Andre und Oksana Myshlovska. 2014. »Bandera Memorialization and Commemoration.« *Nationalities Papers* 42:5, S. 750–770.

Lesetipps:

- Liebich, Andre and Oksana Myshlovska. 2014. »Bandera Memorialization and Commemoration.« *Nationalities Papers* 42:5, 750–770, <http://dx.doi.org/10.1080/00905992.2014.916666>.
- Marples, David R. 2006. »Stepan Bandera: The Resurrection of a Ukrainian National Hero.« *Europe-Asia Studies* 58 (4): 555–566.
- Rudling, Per Anders. 2011. »The OUN, the UPA, and the Holocaust: A Study in the Manufacturing of Historical Myths.« *The Carl Beck Papers in Russian & Eurasian Studies* 2107.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Bandera-Denkmäler in der Ukraine

Tabelle 1: Bandera-Denkmäler und -Büsten

Nr.	Enthüllung	Stadt / Dorf	Oblast
1	1991	Hordynja	Lwiw
2	18. August 1991	Kolomyja	Iwano-Frankiwsk
3	1992	Kosiwka	Ternopil
4	Juni 1992	Stryj	Lwiw
5	17. August 1992	Staryj Uhryniw	Iwano-Frankiwsk

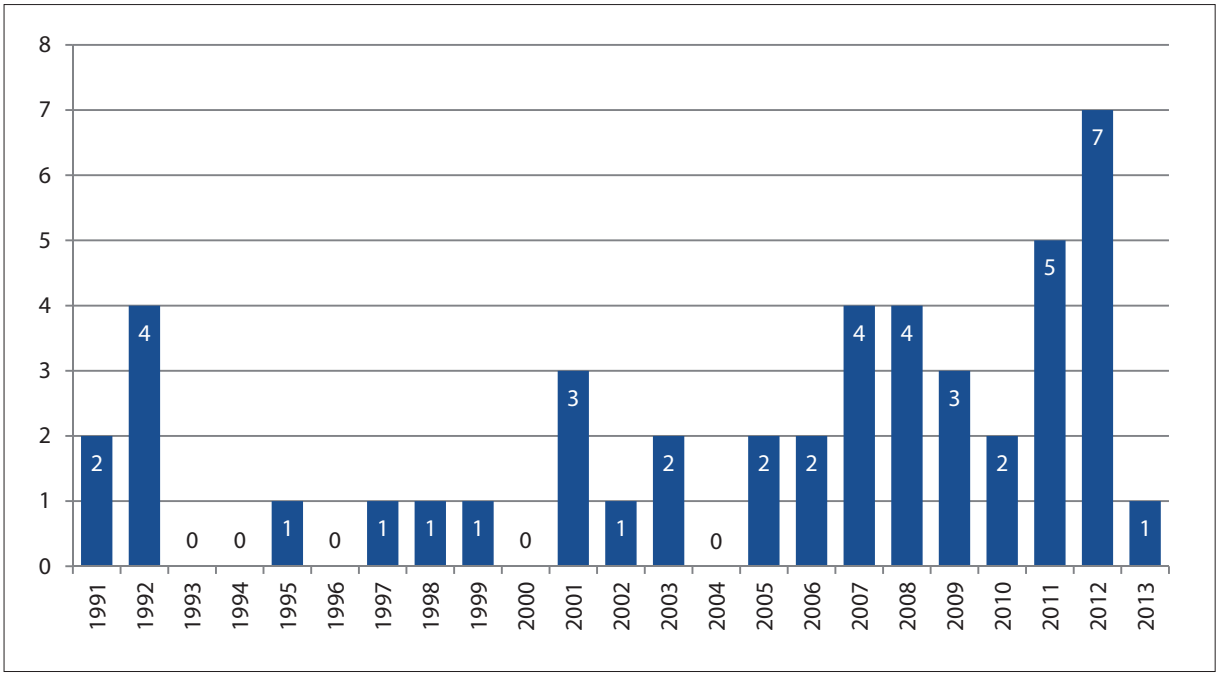
(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Tabelle 1: Denkmäler und Büsten zu Bandera (Fortsetzung)

Nr.	Enthüllung	Stadt / Dorf	Oblast
6	18. August 1992	Kalusch	Iwano-Frankiwsk
7	1995 (das erste Denkmal) 9. Januar 2009 (das zweite Denkmal)	Serednij Beresiw	Iwano-Frankiwsk
8	14. Oktober 1995	Bereschany	Ternopil
9	14. Oktober 1997	Wolja-Saderewazka	Lwiw
10	1998	Boryslaw	Lwiw
11	15. Oktober 1999	Terebowlja	Ternopil
12	2001	Kruschelnyzja	Lwiw
13	2001	Kamjanka-Buska	Lwiw
14	14. Oktober 2001	Drohobytsch	Lwiw
15	5. Oktober 2002	Dubljany	Lwiw
16	24. August 2003	Mostyska	Lwiw
17	September 2003	Verbiw	Ternopil
18	2005	Morschyn	Lwiw
19	6. November 2005	Tcherwonohrad	Lwiw
20	14. Oktober 2006	Pidwolotschysk	Ternopil
21	15. Oktober 2006	Salischtschyky	Ternopil
22	26. August 2007	Mykytynzi	Iwano-Frankiwsk
23	7. Oktober 2007	Usyn	Iwano-Frankiwsk
24	13. Oktober 2007	Lwiw	Lwiw
25	15. Oktober 2007	Butschatsch	Ternopil
26	12. Oktober 2008	Hrabiwka	Iwano-Frankiwsk
27	30. November 2008	Horodenka	Iwano-Frankiwsk
28	30. November 2008	Staryj Sambir	Lwiw
29	26. Dezember 2008	Ternopil	Ternopil
30	1. Januar 2009	Iwano-Frankiwsk	Iwano-Frankiwsk
31	23. August 2009	Strusiw	Ternopil
32	19. May 2010	Pidpetschery	Iwano-Frankiwsk
33	19. Oktober 2010	Truskawez	Lwiw
34	15 August 2011	Tschornyj Lis	Iwano-Frankiwsk
35	24. August 2011	Kremenez	Ternopil
36	25. August 2011	Horischne	Lwiw
37	15. Oktober 2011	Welykosilky	Lwiw
38	20. November 2011	Sambir	Lwiw
39	1. Januar 2012	Welyki Mosty	Lwiw
40	30. September 2012	Skole	Lwiw
41	14. Oktober 2012	Turka	Lwiw
42	14. Oktober 2012	Mykolajiw	Lwiw
43	21. Oktober 2012	Sdolbuniw	Riwne
44	21. Oktober 2012	Tschortkiw	Ternopil
45	21. Oktober 2012	Romaniwka	Ternopil
46	14. Oktober 2013	Sosniwka	Lwiw

Quelle: Liebich, Andre und Oksana Myshlovska.

Grafik 1: Anzahl der errichteten Bandera-Denkmäler pro Jahr 1991–2013



Anmerkung: Die Tabelle enthält nicht die zwei für Bandera in seinem Geburtsort Staryj Uhryniw 1990 und 1991 errichteten Denkmäler, die im Jahr ihres Baus zerstört wurden.

Quelle: Liebich, Andre und Oksana Myshlovska. 2014. »Bandera Memorialization and Commemoration.« Nationalities Papers *42:5, S. 750–770,* <http://dx.doi.org/10.1080/00905992.2014.916666>*, S. 752.*

KOMMENTAR

Antisemitismus in der Ukraine

Von Iosif Sissels, Kiew

Beobachtung, aktives Monitoring und die Analyse der Erscheinungsformen des Antisemitismus in der Ukraine im Laufe der letzten 25 Jahre ermöglichen es, wichtige Trends in der Dynamik dieses Phänomens festzustellen.

Vor allem ist darauf hinzuweisen, dass zwei wichtige Faktoren, die derzeit die erheblichen antisemitischen Erscheinungen in Westeuropa bestimmen, in der Ukraine, wie auch in den anderen Ländern Osteuropas, fehlen. Das sind der radikale Flügel der muslimischen Gemeinschaft und die unter linken Intellektuellen in den letzten zehn Jahren verbreitete anti-israelische Rhetorik, die auf die angeblichen systematischen Verletzungen der Rechte der Palästinenser bezogen ist.

Ein wichtiger Faktor sind hier dagegen die veränderten Existenzmodelle der nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 neu gebildeten Länder, die von kolonialen zu unabhängigen Staaten wurden. Der Wegfall der sowjetischen Form des Antisemitismus und die Übernahme der neuen Existenzmodelle für die Völker in diesen Ländern haben antisemitische Erscheinungen deutlich reduziert. Jedoch entstanden in der Ukraine mit der Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Institutionen eine Menge sozialer und politischer Bewegungen, unter ihnen auch einige rechtsradikale, ultranationalistische marginalisierte Gruppen, die sich zu neonazistischen und rassistischen Ideologien bekannten. Zehn Jahre nach der Unabhängigkeit intensivierten die Anführer dieser Gruppen ihre Beteiligung an politischen Aktivitäten und versuchten, ins Parlament gewählt zu werden. Andererseits entwickelten die post-kommunistischen Regierungen, die von russischen Behörden unterstützt wurden, systematisch provokative Propagandamodelle, deren Ziel es war, alle demokratischen und pro-europäischen Oppositionskräfte der Ukraine als Ultranationalisten und Neonazis darzustellen.

Eine dieser ursprünglichen Randgruppen, die nach einer Reihe von Transformationen in den frühen 1990er Jahren in eine politische Partei, die Soziale Nationale Partei der Ukraine, umgewandelt wurde, ist heute als All-Ukrainische Union »Swoboda« (Freiheit) bekannt. Diese Organisation war während der 1990er Jahre durch antisemitische Rhetorik gekennzeichnet. In der Wahlperiode von 2012 bis 2014 war die Partei im Parlament vertreten (mit 37 von 450 Abgeordneten), wegen der Unwirksamkeit ihrer Arbeit in der Legislative hat sie aber viele ihrer Wähler verloren und bei den vorgezogenen Wahlen im Jahr 2014 erhielt sie nach Verhältniswahl keine Sitze im Parlament mehr.

Andere radikale Gruppen, die im Laufe des letzten Jahres während des Maidan und der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine auffielen, sind der »Rechte Sektor«, die »Soziale Nationalversammlung«, der »Patriot der Ukraine« (ihr Vorsitzender Andrij Biletskyi wurde Mitglied des neuen Parlaments) sowie die Radikale Partei von Oleh Ljaschko, die bei den Parlamentswahlen 2014 etwa sieben Prozent der Stimmen bekommen hat.

Trotz der Radikalität der Ideologie dieser Gruppen, und in einigen Fällen sogar trotz neonazistischer und rassistischer Motive, haben unsere Experten Wjatscheslaw Lichatschev und Tanja Besruk (*Gruppe zur Überwachung der Rechte der nationalen Minderheiten – Anm. der Redaktion*) keine antisemitischen Aspekte in Rhetorik und Aktivitäten dieser Gruppen festgestellt, weder in der Maidan-Zeit noch während der Kämpfe im Südosten der Ukraine.

In den letzten Jahren ist die Zahl der antisemitischen Vorfälle in der Ukraine allmählich und stetig zurückgegangen, nachdem in den Jahren 2005 bis 2007 ein Höhepunkt erreicht wurde (siehe Tabelle 1).

Es sollte beachtet werden, dass in den angegebenen Jahren glücklicherweise keine Todesfälle infolge der Angriffe registriert wurden. Im Laufe der Proteste vom November 2013 bis zum Februar 2014 verzeichneten unsere Experten unter den Tausenden von Reden am offenen Mikrofon der Maidan-Bühne nur einen zweifellos antisemitischen sowie einen zweideutigen Beitrag. Gut die Hälfte der antisemitischen Vorfälle des vergangenen Jahres geht ziemlich sicher auf Provokationen zurück, deren Ziel es ist, die mächtige Propagandakampagne der ehemaligen ukrainischen Machthaber und der russischen Behörden gegen die demokratische und pro-europäische Bewegung in der Ukraine zu unterstützen und ihr die passenden Beispiele zu liefern. Folglich muss bei der Beobachtung und Analyse der antisemitischen Vorfälle im Jahr 2014 unserer Meinung nach zwischen organischem (»natürlichem«) und provoziertem Antisemitismus unterschieden werden. Selbstverständlich ist eine solche Trennung ohne die entsprechenden Gerichtsurteile nur sehr bedingt möglich.

Auf der einen Seite beschuldigt die russische Propaganda die neue ukrainische Regierung unbegründet und unbeirrt von Widersprüchen des Ultra- und des Neonazismus. Auf der anderen Seite versucht sie, nicht weniger unbegründet, die Probleme in der Ukraine durch

Machenschaften von Zionisten, die der Propaganda zufolge die Macht im Land ergriffen haben, zu erklären. Dabei nutzen die Propagandisten den Umstand aus, dass ein paar Menschen mit jüdischen Wurzeln führende Regierungspositionen in der Ukraine besetzen.

Allerdings beweisen die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl vom Mai dieses Jahres die niedrige Popularität der rechtsradikalen Parteien und Gruppen. Die beiden Anführer dieser Gruppen, Oleh Tjahnibok (»Swoboda«) und Dmytro Jarosch (»Rechter Sektor«), haben nur 1,2 und 0,7 Prozent der Stimmen erhalten, während ein Kandidat mit dem eindeutig jüdischen Namen Wadim Rabinowitsch 2,25 Prozent der Stimmen bekommen hat. Eine ähnliche Einstellung gegenüber den Rechtsradikalen zeigte sich bei den Parlamentswahlen im Jahr 2014, als die Zahl der Vertreter der genannten Parteien im neuen Parlament sank.

Außerdem haben Vertreter der neuen Regierung – der Präsident und der Ministerpräsident – mehrmals erklärt, dass sie keine antisemitischen und fremdenfeindlichen Vorfälle in der Ukraine dulden werden. Die Gründung des Instituts des Beauftragten für ethnische Politik im Ministerkabinett im Juni 2014 und der entsprechenden Positionen und Abteilungen im Außenministerium, im Staatssicherheitsdienst, im Innenministerium und in der Generalstaatsanwaltschaft bestätigen die Bemühungen der neuen Regierung, Xenophobie und Antisemitismus in der Ukraine entgegenzuwirken.

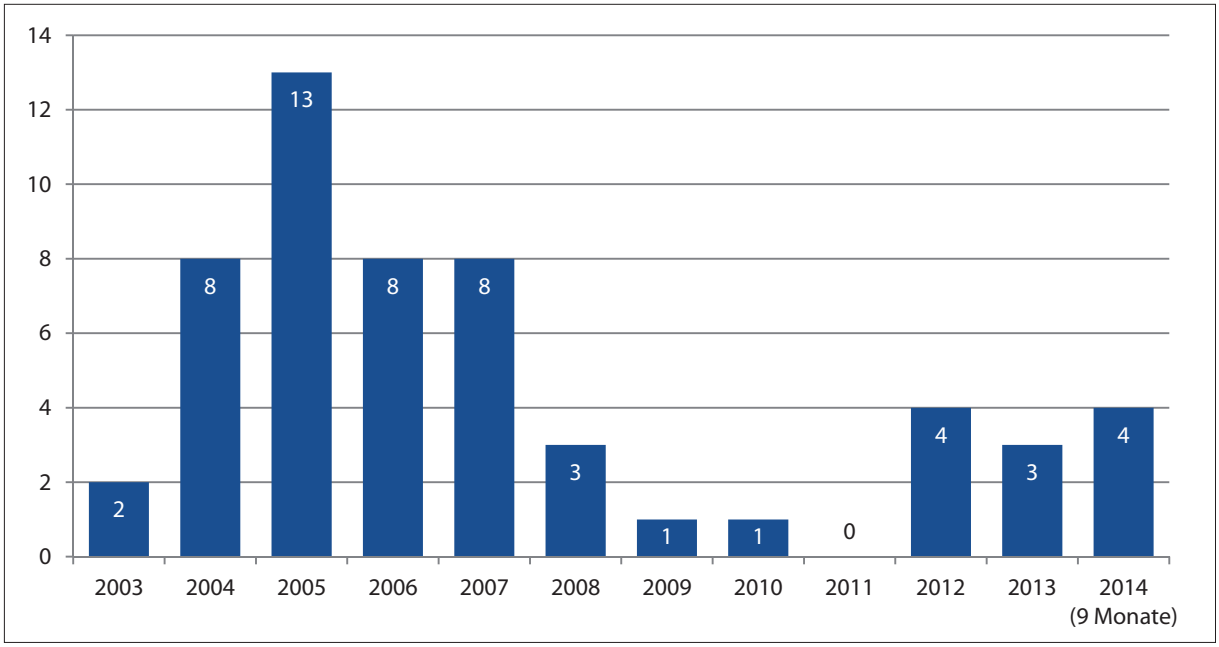
Es kann auch sein, dass der Rückgang der antisemitischen und anderer fremdenfeindlicher Aktivitäten in der Ukraine in den letzten Jahren erst vorübergehenden Charakter hat und in erster Linie eine Massenreaktion auf die Versuche Russlands darstellt, die Bewegung der Ukraine in Richtung Europa, die weitere Demokratisierung des Landes und die Durchführung der Antikorruptions- und anderer Reformen zu behindern. Aus meiner Sicht sollten jedoch die positive Maidan-Energie und die Hingabe der ukrainischen Freiwilligenbataillone, die den Vormarsch der russischen Armee aufgehalten und den Konflikt im Südosten der Ukraine auf diese Region begrenzt haben, sowie eine aktive Beteiligung der ukrainischen Juden an diesen Ereignissen und Prozessen in der nächsten Zeit zu einem niedrigen Niveau des Antisemitismus in der Ukraine führen.

Über den Autor:
Iosif Sissels wurde 1946 in Taschkent (Usbekistan) geboren. Im Jahr 1947 zog die Familie nach Czernowitz (Westukraine). Anfang der 1970er Jahre engagierte er sich für die Refusenik-Bewegung (Otkasnik), die politischen Gefangenen und die Verteidigung der Menschenrechte, später untersuchte er die politische Verwendung der Psychiatrie in der UdSSR. 1978 trat er in die ukrainische Helsinki-Gruppe ein. Iosif Sissels wurde zweimal wegen Verleumdung des Sowjetstaates zu Haftstrafen verurteilt (1978–1981, 1984–1987). 1988 gründete er in Czernowitz zusammen mit Gleichgesinnten die erste legale jüdische Organisation in der Ukraine, 1989 wurde er zum Vorsitzenden der Konföderation der jüdischen Organisationen und Gemeinden (VAAD) der UdSSR und 1991 zum Vorsitzenden der VAAD der Ukraine gewählt. 1999 wurde Iosif Sissels geschäftsführender Vizepräsident der Jüdischen Konföderation der Ukraine, 2002 Vorsitzender des Allgemeinen Rates des Euroasiatischen Jüdischen Kongresses. Seit Mai 2013 ist er Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses.

GRAFIKEN ZUM TEXT

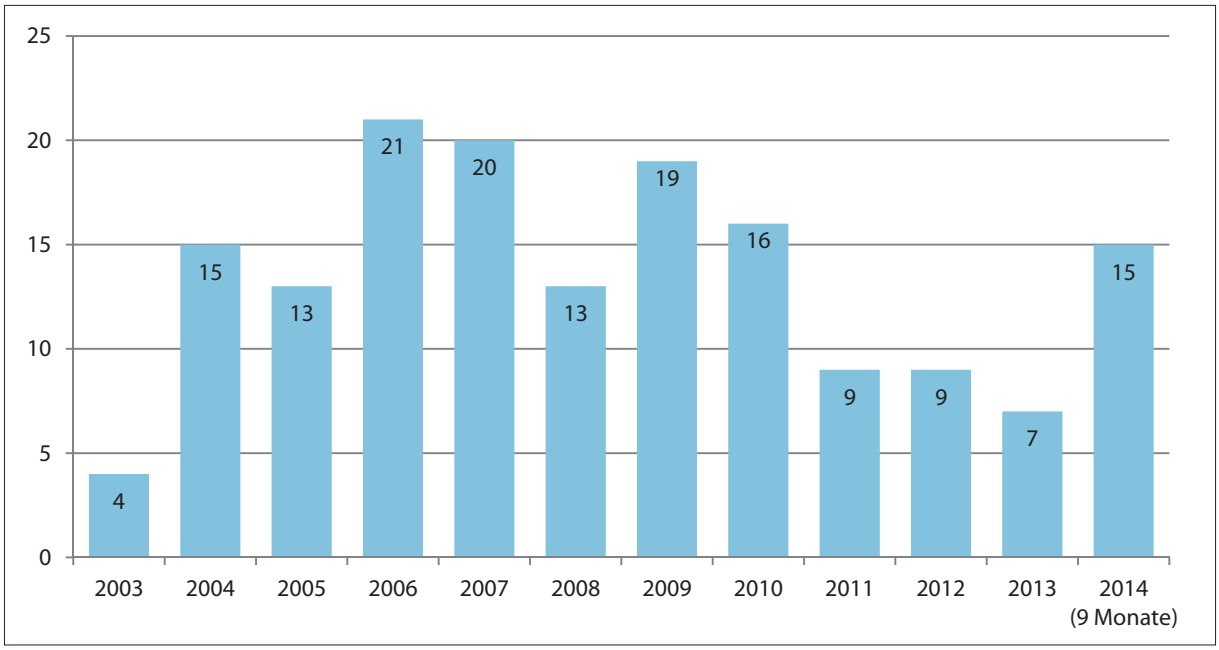
Dynamik der antisemitischen Vorfälle in der Ukraine

Grafik 1: Hass-Angriffe



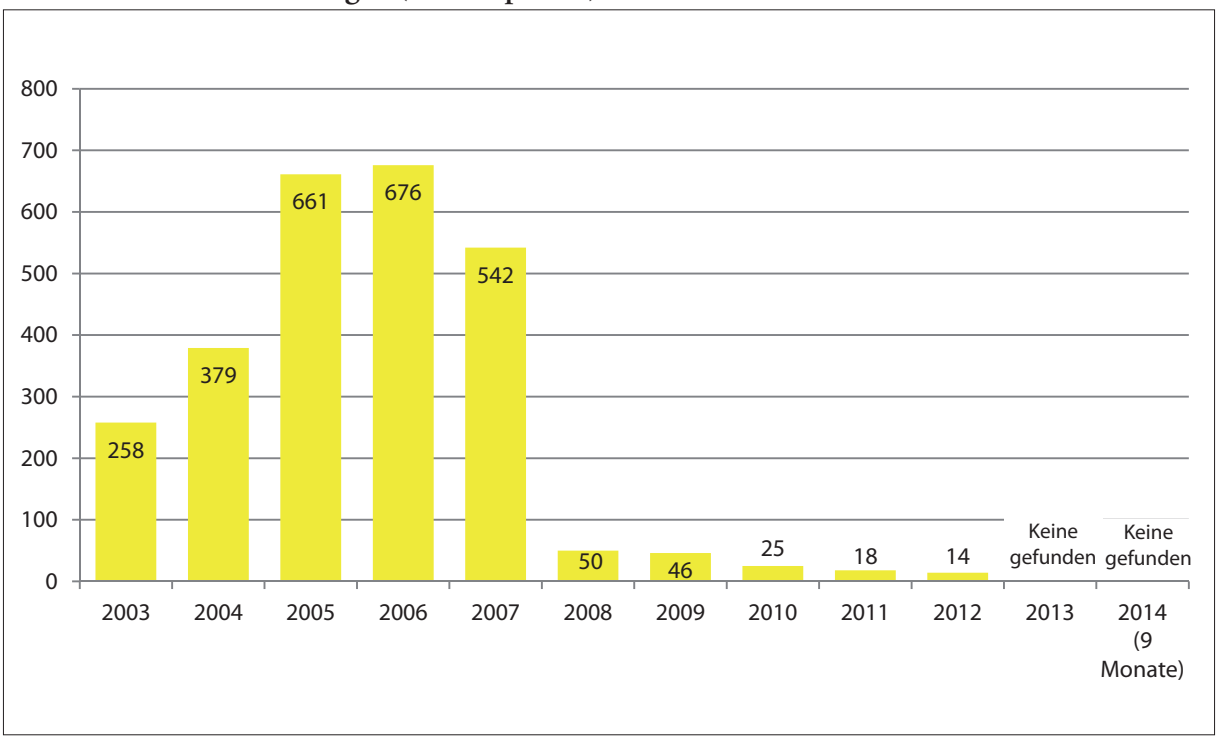
Quellen: Tatjana Besruk und Wjatscheslaw Lichatschew. Monitoring und Analyse der Erscheinungen des Antisemitismus und der Xenophobie in der Ukraine (Berichte und Internetseiten des Euroasiatischen Jüdischen Kongresses – <www.eajc.org>, VAAD der Ukraine – <www.vaadua.org>).

Grafik 2: Vandalismus, Graffiti, Brandstiftungen



Quellen: Tatjana Besruk und Wjatscheslaw Lichatschew. Monitoring und Analyse der Erscheinungen des Antisemitismus und der Xenophobie in der Ukraine (Berichte und Internetseiten des Euroasiatischen Jüdischen Kongresses – <www.eajc.org>, VAAD der Ukraine – <www.vaadua.org>).

Grafik 3: Veröffentlichungen (»Hate Speech«)



Quellen: Tatjana Besruk und Wjatscheslaw Lichatschew. Monitoring und Analyse der Erscheinungen des Antisemitismus und der Xenophobie in der Ukraine (Berichte und Internetseiten des Euroasiatischen Jüdischen Kongresses – <www.eajc.org>, VAAD der Ukraine – <www.vaadua.org>).

ANALYSE

Wahlen in den Separatistengebieten

Von Heiko Pleines, Bremen

Einleitung

In den von den Separatisten ausgerufenen Volksrepubliken Donezk und Luhansk, die jeweils die von den Separatisten kontrollierten Teile der entsprechenden ukrainischen Regionen umfassen, sind am 2. November 2014 Wahlen durchgeführt worden. Es wurden jeweils ein Präsident sowie ein Parlament gewählt.

Dabei erhielten die amtierenden Ministerpräsidenten jeweils die Stimmenmehrheit. Nach Angaben der Zentralen Wahlkommissionen der beiden Volksrepubliken stimmten bei der Präsidentenwahl im Donezker Separatistengebiet 75 % für Aleksandr Sachartschenko und im Luhansker 63 % für Igor Plotnizki. Die Parteien der Wahlgewinner erhielten jeweils über zwei Drittel der Stimmen bei der Parlamentswahl. Nach Angaben der Zentralen Wahlkommissionen wurden in der Donezker Volksrepublik 1 Mio. Stimmen abgegeben, in der Luhansker Volksrepublik 0,6 Mio. An der Durchführung der Wahlen gibt es zwei zentrale Kritikpunkte.

Die Wahlen widersprechen ukrainischem Recht und der Friedensvereinbarung

Da die Ukraine ein Zentralstaat ist, sind die Kompetenzen der Regionen klar begrenzt. Gemäß Artikel 118 der ukrainischen Verfassung werden Gouverneure vom ukrainischen Präsidenten ernannt. Der Präsident hat auch das Recht Beschlüsse der Gouverneure, die ukrainischem Recht widersprechen, zu annullieren. Gleichzeitig sind die Volksrepubliken als solche mit ukrainischem Recht nicht vereinbar, da die Verfassung in Artikel 92 explizit festlegt, dass die die territoriale Struktur der Ukraine ausschließlich durch vom nationalen Parlament verabschiedete Gesetze geregelt wird. Nach ukrainischem Recht sind die Separatistengebiete dementsprechend Bestandteil der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk. Für eine legale Teilnahme an der Politik müssten die Separatisten bei Wahlen zu regionalen und lokalen Parlamenten kandidieren. Eine Ausnahme wurde vom ukrainischen Parlament in Reaktion auf die Minsker Friedensverhandlungen genehmigt.

Bei den Minsker Friedensverhandlungen haben sich Vertreter von OSZE, Ukraine und Russland sowie der Separatisten aus Donezk und Luhansk am 5.9.2014 auf ein Protokoll geeinigt, dass als Punkt 9 vorsieht: »Gewährleistung der Durchführung vorgezogener Lokalwahlen in Übereinstimmung mit dem ukrainischen Gesetz ›Über die befristete Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in bestimmten Bezirken der Regionen Donezk und Luhansk‹ (Gesetz über den besonderen Status).«

Dieser Punkt ist hier vollständig und wörtlich übersetzt. Der in den unten widergegebenen Stellungnahmen des russischen Außenministeriums und des Vertreters der Separatisten behauptete Zeitraum für die Durchführung von Wahlen in den Separatistengebieten ist im Protokoll an keiner Stelle genannt. Die Festlegung der Regeln durch Kiew, d. h. durch ein vom ukrainischen Parlament verabschiedetes Gesetz, die der Separatistenführer bestreitet, steht hingegen eindeutig im Protokoll.

Das im Protokoll vorgesehene Gesetz wurde vom ukrainischen Parlament am 16. September 2014 verabschiedet. Das Gesetz sieht für die Separatistengebiete Wahlen zu regionalen und lokalen Parlamenten sowie Bürgermeisterwahlen für den 7. Dezember 2014 vor. Die in den Separatistengebieten gewählten Volksvertreter sollen dann – so die Bestimmungen des Gesetzes – die Ausgestaltung von Politik mit dem ukrainischen Zentralstaat verhandeln.

Ohne über Details des Gesetzes diskutieren zu müssen, kann ganz klar festgehalten werden, dass das Gesetz einen eindeutigen Wahltermin vorsieht, der nicht eingehalten wurde und dass die Wahl von Parlamenten und Bürgermeistern, nicht aber von Präsidenten der Volksrepubliken im Gesetz vorgesehen ist. Auch in Details verletzen die Wahlen ukrainisches Recht, etwa wenn in der Donezker Volksrepublik Ausländern mit Wohnsitz in Donezk oder 16- und 17-Jährigen das Wahlrecht zugesprochen wird, was der ukrainischen Verfassung widerspricht, die nur volljährigen ukrainischen Staatsbürgern das Wahlrecht einräumt. Wie die OSZE in ihrer unten aufgeführten Stellungnahme beklagt, haben sich die Separatisten einer Diskussion der strittigen Punkte verweigert.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Wahlen in den Volksrepubliken Donezk und Luhansk nach ukrainischem Recht illegal sind. Sie können damit nur dann anerkannt werden, wenn die Volksrepubliken nicht mehr als Teil der Ukraine gesehen werden. Die Unabhängigkeitsreferenden der beiden Volksrepubliken vom Mai 2014 sind jedoch von keinem Staat der Welt anerkannt worden. Russland hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die Beziehung zwischen den Volksrepubliken und dem ukrainischen Zentralstaat eine inner-ukrainische Angelegenheit sei. Hieraus würde sich logisch ergeben, dass die ukrainische Verfassung und ukrainische Gesetze gelten – was ja auch im Minsker Protokoll explizit vorgesehen ist – und die Wahlen in den Volksrepubliken damit illegal sind.

Die Wahlen wurden demokratischen Standards nicht gerecht

Unabhängig von der Frage, ob die Wahlen legal sind oder nicht, kann ihr demokratischer Charakter bewertet werden. Zwei grundlegende Defizite machen es dabei unmöglich, die Wahlen als demokratischen Standards entsprechend zu bezeichnen.

Erstens fehlen korrekte Wählerverzeichnisse und mehrfache Stimmabgaben bzw. gefälschte Stimmabgaben für abwesende Personen sind damit nicht feststellbar. Als Grundlage für die Abgabe eines Stimmzettels wurde von den Wahlbehörden die Vorlage einer Meldebescheinigung verlangt. Aufgrund des bewaffneten Konfliktes in der Region haben sich jedoch erhebliche Ab- und Zuwanderungen ergeben, die nicht vollständig erfasst sind.

Nach Schätzungen der UN sind etwa 0,6 Mio. Menschen aus den Kampfgebieten in der Ostukraine geflohen. Nach russischen Angaben halten sich 1 Mio. Ukrainer mehr als im Vorjahr in Russland auf. Das von der Donezker Volksrepublik kontrollierte Territorium hatte vor Konfliktbeginn insgesamt etwa 2 Mio. Einwohner, das Gebiet der Luhansker Volksrepublik etwa 1,5 Mio. Es ist also davon auszugehen, dass etwa 15 % bis 30 % der Bevölkerung die Separatistengebiete längerfristig verlassen haben und deshalb an den Wahlen nicht teilnehmen konnten.

Gleichzeitig hält sich eine große Zahl russischer Staatsbürger als Kämpfer in den Separatistengebieten auf. Umstritten ist nicht ihre Anwesenheit, sondern die Frage, ob sie als Angehörige der russischen Armee oder als Privatpersonen an den Kämpfen teilnehmen. Die Separatisten hatten wiederholt bestätigt, dass bis zu ein Drittel ihrer Kämpfer keine ukrainische Staatsbürgerschaft besitze. Nach Angaben der Wahlkommission der Donezker Volksrepublik dürfen diese auch an den Wahlen teilnehmen, sofern sie in der Region registriert sind.

Das Fehlen eines vollständigen Wählerregisters macht die mehrfache Stimmabgabe in verschiedenen Wahlbezirken möglich, wie beim Referendum im Mai vielfach dokumentiert wurde. Außerdem wird die gefälschte Stimmabgabe für geflohene Wähler möglich. Hinzu kommt, dass in der Donezker Volksrepublik Neuwähler ohne Personalausweis nur unter Vorlage von Geburtsurkunde und Meldebescheinigung an den Wahlen teilnehmen können. Beide Dokumente enthalten keine Fotos und machen deshalb eine Überprüfung der Identität der entsprechenden Wähler unmöglich. Zusätzlich erlaubte die Donezker Volksrepublik die Abstimmung per Internet, für die das Senden einer gescannten Version der Meldebescheinigung an die Wahlbehörde ausreichend war. Bei diesem Verfahren ist es gar nicht mehr möglich festzustellen, ob der Inhaber der Dokumente auch selber abstimmt. Nach Angaben der Donezker Wahlkommission stimmten mehrere 10.000 Wähler per Internet ab.

Maßnahmen zur Bekämpfung von Manipulationen, entweder durch die Farbmarkierung der Daumen bei der Stimmenabgabe oder auch durch den großflächigen Einsatz von neutralen Wahlbeobachtern wurden von den Wahlbehörden der Separatisten nicht genutzt. Insgesamt waren nach Angaben der Separatisten 51 ausländische Wahlbeobachter im Einsatz, viele von ihnen mit einem rechtsradikalen Hintergrund. Bei den ukrainischen Parlamentswahlen im Oktober hingegen hatte allein die OSZE knapp 700 Beobachter entsandt. Insgesamt waren mehrere Tausend Wahlbeobachter im Einsatz.

Noch entscheidender für die fehlende demokratische Qualität aber ist, dass die Wähler eigentlich keine Wahl hatten. Für das Präsidentenamt in der Donezker Volksrepublik kandidierten nur drei Vertreter der Separatisten: der derzeitige Ministerpräsident, der stellvertretende Vorsitzende des Separatisten-Parlaments sowie ein Separatisten-Kämpfer. Bei den Parlamentswahlen der Donezker Volksrepublik traten zwei Parteien an. Die erste Partei unterstützt den Ministerpräsidenten (und neu gewählten Präsidenten), die zweite Partei seinen Vorgänger als Volksgouverneur des Donbass. Die in der Volksrepublik neu-gegründete Kommunistische Partei wurde wegen Fehlern bei der Dokumentation nicht zur Wahl zugelassen. Ebenfalls nicht zugelassen wurden drei Parteien von Vertretern verschiedener Gruppierungen der Separatisten.

Bei den Parlamentswahlen 2012 hatte die Partei der Regionen in Donezk 65 % erhalten. Die Kommunisten waren mit 19 % in der Region zweitstärkste Kraft. Die jetzt als pro-ukrainisch (oder pro-westlich) bezeichneten Parteien kamen gemeinsam auf 11 %. Bei Umfragen hatte über Jahre hinweg nie mehr als ein Drittel der Bevölkerung der Region separatistische Bestrebungen unterstützt. Es ist also kaum davon auszugehen, dass die Separatisten jetzt wirklich allein das gesamte Wählerspektrum in der Region abdecken. Genau wie beim Referendum im Mai ist es aber jetzt auch bei den Wahlen im November 2014 nicht mehr möglich, ein realistisches Abstimmungsergebnis für die Separatistengebiete zu rekonstruieren.

Über den Autor:
Prof. Dr. Heiko Pleines leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Lesetipps finden Sie auf nächsten Seite.

Lesetipps:

- Bericht der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti über die Wahlmodalitäten und die Kandidaten (auf Russisch): <http://ria.ru/world/20141102/1031349893.html>
- Mitteilung der Wahlergebnisse auf der Website der Donezker Volksrepublik (auf Russisch), <http://dnr-news.com/dnr/7038-purgin-otmena-vyborov-v-dnr-nevozmozhna.html>
- Kommentar von Anton Shekhovtsov zu ausländischen Wahlbeobachtern (auf Englisch): <http://anton-shekhovtsov.blogspot.de/2014/11/fake-monitors-observe-fake-elections-in.html>
- Eine Dokumentation des Minsker Protokolls und des Gesetzes zu den Wahlen in den Separatistengebieten findet sich in der Ukraine-Analyse Nr. 136, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen136.pdf>

DOKUMENTATION

Stellungnahmen zu Separatisten-Wahlen der bei den Minsker Friedensverhandlungen vertretenen Parteien

OSCE: So-called elections not in line with Minsk Protocol, says OSCE Chair, calling for enhanced efforts and dialogue to implement all commitments [October 31, 2014]

Bern, October 31, 2014—Swiss Foreign Minister and OSCE Chairperson-in-Office, Didier Burkhalter, reminded all parties that the Minsk Protocol and the Memorandum of September 5 and 19 respectively should continue to serve as the relevant framework and reference point for steps towards de-escalation of the conflict in eastern Ukraine. He noted that some progress was made in the implementation of the arrangements, particularly with regard to cease-fire and its monitoring, efforts towards decentralization and the liberation of detainees, which led to a decrease in violence.

However, numerous points of the arrangements were still awaiting full implementation, Burkhalter said. In the course of meetings of the Trilateral Contact Group in the last three days, his Special Representative, Ambassador Heidi Tagliavini, had pointed out that more efforts were urgently needed in order to fully implement all provisions of the Minsk documents, including those aimed at making the declared cease-fire more sustainable, securing the Ukrainian-Russian border and the release of all detainees as well as the economic rehabilitation of the conflict zone, Burkhalter remarked.

Burkhalter stressed that the Minsk Protocol foresees the holding of early local elections in accordance with Ukrainian law in certain areas of the Donetsk and Luhansk provinces. This was in response to calls for greater decentralization and was supposed to create conditions for a cooperative effort to bring back peace and stability to the war-torn parts of eastern Ukraine. Referring to the repeated reports on intentions of the self-proclaimed entities of Donetsk and Luhansk to hold so-called elections outside the framework set by the Ukrainian law, he noted that such action runs counter to the letter and spirit of the Minsk Protocol and would further complicate its implementation.

The CiO regretted that attempts of the Trilateral Contact Group to raise and discuss these issues in a video-conference with the representatives of the self-proclaimed entities of Donetsk and Luhansk, scheduled for the afternoon of 31 October 2014, were not successful due to the non-attendance of the representatives of the self-proclaimed entities. He concluded by underlining that full and unconditional implementation of the Minsk Protocol and the Memorandum remains essential to advance political stabilization and to establish broad support for the economic rehabilitation of the conflict zone.

Quelle: <http://www.osce.org/cio/126242>

President of Ukraine: Pseudo-elections in parts of Donetsk and Luhansk regions endanger the peace process (02.11.2014)

The so-called elections in the occupied districts of Donetsk and Luhansk regions have nothing in common with people's expression of the will and brutally violate Minsk agreements, as stated by President of Ukraine Petro Poroshenko.

President Poroshenko claims that "farce at a gunpoint organized by the two terrorist organizations in parts of the Donbas is a terrible event that has nothing in common with the real expression of the people's will."

Ukraine alongside the entire civilized world do not recognize this farce. "The international community, including many states and organizations, has already condemned these so-called elections. I expect that Russia condemns them as well, since it is a brutal violation of Minsk protocol of September 5 also signed by the representative of Russia," noted the Head of State.

Petro Poroshenko also stated that "all elections on the Ukrainian territory, in which the Ukrainian citizens vote, should be held solely under the legislation of Ukraine".

The President stressed that Minsk protocol provides for holding of early local elections in certain districts of the Donbas solely under the laws of Ukraine. Otherwise, gross violation of international agreements will jeopardize the peace process and Ukraine will adequately respond to this challenge.

At the same time, the President of Ukraine expressed gratitude to the people of the Donbas who had come out to the streets of Mariupol and other cities to support the unity of Ukraine.

Quelle: Press office of President, <http://president.gov.ua/en/news/31532.html>

Russian Foreign Ministry statement on the implementation of the Minsk agreements on a settlement in Ukraine and elections in its southeastern regions (29.10.2014)

Considering the ultimatum issued by Kiev and some Western capitals that elections not be held in the self-proclaimed Donetsk and Lugansk people's republics, it would be logical to remind the following.

In accordance with the Minsk agreements reached in September this year by representatives of the President of Ukraine and the self-defence forces of southeastern Ukraine with the mediation of Russia and the OSCE, these elections can be held between 19 October and 3 November of this year. The argument that the law on a special self-government procedure for these regions, which Petr Poroshenko signed on 16 October, has set 7 December as the election date contradicts the Minsk agreements. This date, 7 December, was added to the law arbitrarily and unilaterally, without consulting the self-defence forces.

Moreover, this law cannot be applied in practice because it does not identify the area it applies to. The issue of identification has been suspended pending an additional decision by the Verkhovna Rada, which cannot be taken because Kiev has withdrawn its signature from the document that set out the disengagement line between the Ukrainian and the self-defence forces. The situation has been further complicated by the Ukrainian Interior Ministry's refusal to implement the 16 October law signed by Petr Poroshenko.

Kiev has also violated other provisions of the Minsk agreements. It continues to bomb the regions controlled by the self-defence forces contrary to the ceasefire terms. It has not adopted, contrary to its pledge, acts on amnesty and security guarantees for the representatives of the self-defence forces that attended the Minsk talks. It has not honoured the provisions on the decentralisation of authority and continuation of a nationwide dialogue. The Kiev government is not fulfilling its commitment to improve the humanitarian situation in Donbass and is creating artificial obstacles to the delivery of humanitarian aid from Russia.

The Minsk agreements also stipulate the adoption of an economic revival programme for Donbass. But politicians in Kiev said after the parliamentary election [on 26 October] that this assistance would be provided only to those regions in southeastern Ukraine that accept Kiev's authority, which directly contradicts the letter and spirit of the Minsk Protocol.

Overall, it appears that our partners' arguments against the 2 November elections are designed to delay them as long as possible, probably in the hope that the problems in the region would grow with the coming winter and hence influence voter mood and the turnout.

In this situation, the self-defence forces' intention to hold the elections on 2 November is completely legitimate and fully in keeping with the temporal parameters coordinated in Minsk. Adequate authorities must be created without delay in southeastern Ukraine, so that they can address the critically important issues of the regions' vital needs, including law and order.

Efforts to bring about a settlement in southeastern Ukraine are being taken in an extremely difficult and even conflicting situation. The main task now is to do everything necessary to maintain the fragile truce and to begin the region's economic and humanitarian revival and sustained political dialogue. Attempts to select one of the interconnected provisions of the Minsk agreements—the election date—without good reason or even in the form of an ulti-

matum, and to use it to judge the sides' "behaviour" could derail the peace process and make it a hostage to geopolitical ambitions. We cannot rule out that those who advance these ultimatums want to destroy the Minsk agreements, just as they destroyed the agreement of 21 February 2014, and to gain a pretext for resuming the hostilities in southeastern Ukraine.

Russia strongly urges the sides to prevent this and instead to provide general assistance to turn the 2 November elections into another step towards normalisation and comprehensive settlement of the crisis in Ukraine.

We would like to remind everyone that before the meeting in Minsk the leaders of the Donetsk and Lugansk people's republics publicly put forth their negotiating stands, which stipulated, in part, that free elections held in these regions based on the principles of self-government would create conditions for a cooperative effort to keep Ukraine united economically, culturally and politically.

Russia will encourage the election winners in southeastern Ukraine to act towards this proclaimed goal. We also expect the Kiev authorities and their Western partners, as well as the OSCE, to act faithfully to fulfil the Minsk agreements. The 2 November elections can be used not to recklessly foster tensions without good reason, but to nudge the situation towards a constructive path of dialogue based on mutual respect and the search for compromise on the basis of a balance of the sides' legitimate interests, as is stipulated in the documents signed within the framework of the Minsk process.

Quelle: <http://www.mid.ru/bdomp/brp_4.nsf/e78a48070f128a7b43256999005bcbb3/af2cb72f272c0b60c3257d81003ddbd6!OpenDocument>

Pressekonferenz des stellvertretenden Ministerpräsidenten der Donezker Volksrepublik (3.11.2014, inoffizielle Übersetzung)

Purgin: Annullierung der Wahlen in der DNR [Donezker Volksrepublik] ist unmöglich

Eine Annullierung der Wahlergebnisse in der DNR, wie sie Petro Poroschenko vorschlägt, ist nicht möglich und außerdem auch nicht erforderlich, erklärte der stellvertretende Ministerpräsident der DNR Andrei Purgin den Journalisten.

»Die Wahlen haben stattgefunden, mit einer hohen Beteiligung – unsere Wähler haben Stunden in der Kälte gewartet, um an ihnen teilzunehmen. Internationale Beobachter erklären, dass die Wahlen ehrlich und nach hohen Standards durchgeführt wurden. Dementsprechend gibt es überhaupt keinen Grund ihre Ergebnisse zu annullieren«, findet der stellvertretende Ministerpräsident der DNR Andrei Purgin.

Er erinnerte daran, dass für Dienstag die Amtseinführung von Aleksandr Zakharchenko, dem Wahlsieger, als Oberhaupt der Republik angesetzt ist. Purgin selber stand auf Platz 3 der Parteiliste der »Donezker Volksrepublik«, die etwa 65 % der Stimmen erhalten hat.

Außerdem, so Purgin, »widersprechen die Wahlen vom 2. November nicht der von Kiew angeführten Minsker Vereinbarung«. »Sie fanden innerhalb des Zeitraums statt, der von der Minsker Vereinbarung vorgesehen ist, und dabei wird in der Vereinbarung nirgends davon gesprochen, dass sie nach den von Kiew aufgestellten Regeln stattfinden sollen.«

»Wir halten uns an die Vereinbarung, die Kiewer Seite allerdings hält sich praktisch an keinen Punkt«, findet Purgin.

Was das Gesetz über den besonderen Status des Donbass betrifft, so erinnerte Purgin daran, dass im Gesetz nicht festgeschrieben ist, welche Kommunen es betrifft. »Geht es um Donezk und Gorlovka, oder, zum Beispiel, um Krasnoarmeisk und Luhansk – es bleibt nur zu raten«, bemerkte der stellvertretende Ministerpräsident der DNR ironisierend.

»Wir sind bereit zu wirtschaftlichen, kulturellen Kontakten mit Kiew, bereit zu weiteren Verhandlungen, aber von einer politischen Allianz kann keine Rede sein. Kiew hat zu viel Blut friedlicher Bürger vergossen«, bemerkte er als einer der Anführer der DNR. Er ist überzeugt, dass die Wahlen vom 2. November den Friedensprozess nicht bedrohen, sondern ihn im Gegenteil fördern werden.

»DNR und LNR werden jetzt in den Verhandlungen mit Kiew von legitimen Regierungen vertreten werden, denen die Wähler in den Wahlen ihr Vertrauen bestätigt haben«, findet Purgin.

Quelle: <http://dnr-news.com/dnr/7038-purgin-otmena-vyborov-v-dnr-nevozmozhna.html>

DOKUMENTATION

Russisch-ukrainische Einigung auf Übergangslösung im Erdgasstreit

Presseerklärung der Europäischen Kommission (31.10.2014)

Oettinger erreicht Einigung im Gasstreit zwischen Russland und Ukraine

Nach sieben Runden der Gasverhandlungen unter Vermittlung von Kommissionsvizepräsident Günther Oettinger gab es am Donnerstagabend einen Durchbruch: Die Ukraine und Russland vereinbarten eine Übergangslösung für die Gasversorgung im Winter für die Ukraine und letztlich auch für die Europäische Union mit einem Volumen von 4,6 Mrd. Dollar.

»Dieser Durchbruch stellt nicht nur sicher, dass die Ukraine im tiefsten Winter heizen kann«, sagte Oettinger. »Er ist auch ein Beitrag zur Deeskalation zwischen Russland und der Ukraine.«

Der scheidende Kommissionspräsident José Manuel Barroso sagte bei der Unterzeichnung des Winterpakets am Donnerstagabend: »Mit unseren starken Unterstützung haben die Ukraine und Russland eine Einigung über ihre Energieschuldenproblematik erzielt und eine Übergangslösung, die eine Versorgung in diesem Winter ermöglicht. Ich bin froh, dass die politische Verantwortung, die Logik der Zusammenarbeit und gesunder wirtschaftlicher Menschenverstand sich durchgesetzt haben.«

Der Winter-Paket besteht aus zwei Dokumenten:

- Ein verbindliches Protokoll, von der Europäischen Kommission (Vizepräsident Oettinger), der Russischen Föderation (Energieminister Alexander Nowak) und der Ukraine (Energieminister Juri Prodan) unterzeichnet;
- Ein Nachtrag zu dem bestehenden Gasliefervertrag, von Gazprom Russland (CEO Alexej Miller) und Naftogas der Ukraine (CEO Andrej Koboljew) unterzeichnet;

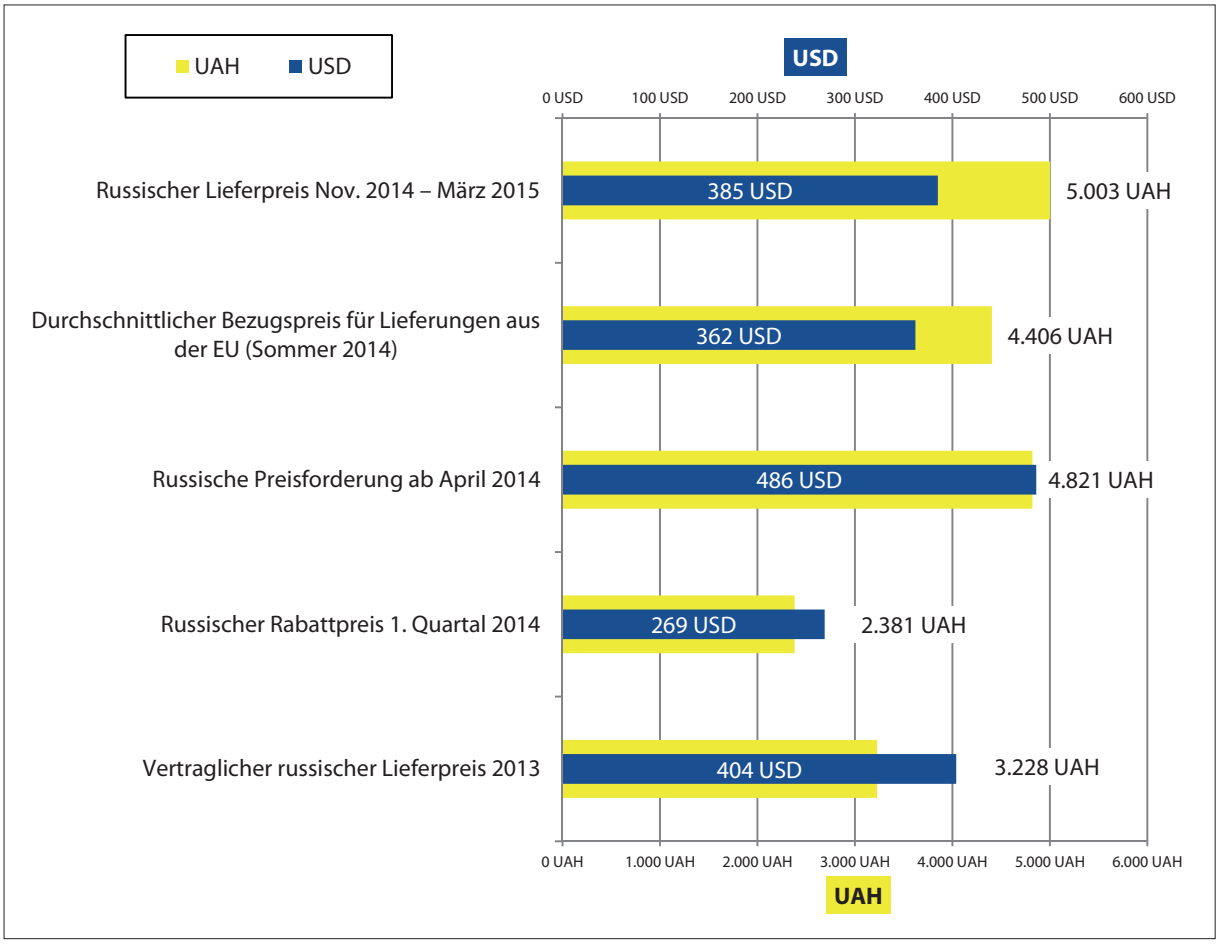
Das Paket umfasst den Zeitraum von jetzt bis Ende März 2015 und umfasst die folgenden Hauptpunkte:

- Schulden: Die Ukraine begleicht ihre Schulden auf der Grundlage eines vorläufigen Preises von 268,5 US-Dollar je 1000m^3 durch Zahlungen in zwei Tranchen: 1,45 Mrd. Dollar sofort und 1,65 Mrd. Dollar bis zum Ende des Jahres 2014. Der endgültige Preis und damit die endgültige Summe der Schulden wird durch die anhängigen Schiedsverfahren vor dem Schiedsgericht der Stockholmer Handelskammer zwischen Gazprom und Naftogas bestimmt werden.
- Neues Gas: Russland liefert Gas zum Preis von 385 US-Dollar je 1000m^3 gegen monatliche Vorkasse durch die Ukraine. Die Ukraine kann so viel Gas bestellen, wie sie braucht.

In den letzten Wochen hat die Europäische Kommission intensiv mit den internationalen Finanzinstitutionen und der Ukraine zusammengearbeitet, um der Ukraine zu helfen, Vorauszahlungen für Lieferungen von Gas in den kommenden Wintermonaten leisten zu können. Die EU-Hilfe wird fristgerecht ausgezahlt und auch der Internationale Währungsfonds (IWF) hat der Ukraine versichert, dass sie die zur Verfügung stehenden Mittel für Gaszahlungen nutzen kann. Die Zusammenarbeit mit den internationalen Finanzinstitutionen und die Finanzhilfen für die Ukraine werden fortgesetzt, auch in Bezug auf die Gaslieferungen. Alle drei Seiten können beruhigt sein, dass die Ukraine über die notwendigen finanziellen Mittel für die Gasversorgung im Winter verfügt.

Quelle: <http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12817_de.htm>

Grafik 1: Ukrainische Importpreise für Erdgas (in US-Dollar (USD) und ukrainischer Griwna (UAH) pro Tsd. m³)



Quellen: Russische Lieferpreise bis 2014: Ukraine-Analyse 134, S. 7; EU-Lieferpreis: Ukrainischer Staatlicher Dienst für Statistik (zitiert nach Interfax-Ukraine: <http://interfax.com.ua/news/economic/232425.html>); russischer Lieferpreis ab Nov. 2014: Presseerklärung der Europäischen Kommission vom 31.10.2014 (<http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12817_de.htm>). Umrechnung in Griwna-Werte zu den durchschnittlichen Kursen für den jeweiligen Zeitraum nach Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung (IER), Monthly Monitor bzw. für den Zeitraum ab Nov. 2014 zum Kurs vom 2.11.2014.

Lesetipps:

- Heiko Pleines: Der ukrainisch-russische Erdgaskonflikt 2014. Streitpunkte, Verhandlungen und Perspektiven für die Ukraine, in: Ukraine-Analysen 134 (10.06.2014), S. 2–9, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen134.pdf>
- Roland Götz: Der gerechte Gaspreis für die Ukraine: Preisformeln, Verhandlungen und Schiedsgerichtsverfahren ersetzen den Markt, in: Ukraine-Analysen 136 (17.09.2014), S. 16–21, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen136.pdf>

CHRONIK

27. Oktober – 2. November 2014

27.10.2014	In Wolnowacha im Gebiet Donezk muss die Stimmauszählung in einem Wahllokal wegen eines ausgebrochenen Gefechts in der Nähe unterbrochen werden.
27.10.2014	Das Zentrale Wahlkomitee veröffentlicht Zahlen zur Wahlbeteiligung bei der vorgezogenen Parlamentswahl. Sie beträgt 52,4 %, wobei die Gebiete Lwiw (70 %), Ternopil (68 %) und Wolyn (65 %) die höchsten Beteiligungsraten und die Gebiete Luhansk (33 %) und Donezk (32 %) die niedrigsten Werte aufweisen.
27.10.2014	Bei Gefechten im Gebiet der »Anti-Terror-Operation« kommen zwei Soldaten der ukrainischen Armee ums Leben.
27.10.2014	Im Rahmen der »Lustrationskampagne«, der Überprüfung hoher Beamter auf Korruptionsdelikte, entlässt Präsident Petro Poroschenko den stellvertretenden Vorsitzenden der Präsidialverwaltung, Oleh Rafalskij.
27.10.2014	Die Venedig-Kommission des Europarates lobt das Gesetzesprojekt zur Verfassungsreform, das Präsident Petro Poroschenko dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt hatte. Es sieht einerseits eine Ausweitung der Macht des Präsidenten im Verhältnis zum Parlament, andererseits eine Dezentralisierung politischer Entscheidungen vor. Die Kommission kritisiert den fehlenden Austausch mit der Zivilgesellschaft bei der Ausarbeitung des Gesetzes.
27.10.2014	Der Gouverneur des Gebietes Saporischschja, Walerij Baranow, tritt zurück.
27.10.2014	Ein Moskauer Gericht verlängert die Untersuchungshaft der ukrainischen Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko, die im Sommer in Russland inhaftiert und wegen des Verdachts auf Beihilfe zum Mord an russischen Journalisten angeklagt worden war. Nachdem die Partei Vaterland sie auf ihre Parteiliste gesetzt hatte, ist sie nun formal ins ukrainische Parlament gewählt worden.
28.10.2014	Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt, dass Russland die für den 2. November geplanten Wahlen in den »Volksrepubliken« im Donbass anerkennen werde. Die Wahlen seien wichtig für die Legitimierung der politischen Führer, die auch in den Friedensverhandlungen von Minsk als solche anerkannt worden seien.
28.10.2014	Bei Smile im Gebiet Luhansk kommen bei Gefechten um einen Kontrollposten zehn Soldaten der ukrainischen Armee ums Leben. Zwei weitere Soldaten werden bei Gefechten getötet.
28.10.2014	Das russische Ministerium für Katastrophenschutz erklärt, es werde einen vierten Hilfskonvoi in die umkämpften Gebiete in der Ostukraine schicken. Das Internationale Rote Kreuz nehme an der Aktion nicht teil.
29.10.2014	Nach der Parlamentswahl laufen in der Ukraine Koalitionsverhandlungen zwischen den Parteien an. Arsenij Jazenjuk, Ministerpräsident und Vorsitzender der neu gegründeten Partei Volksfront, die in der Auszählung der Stimmen knapp vor dem Block Petro Poroschenko liegt, erklärt, dass er Ministerpräsident bleiben wolle. Er lädt die Parteien Block Petro Poroschenko, Selbsthilfe, Vaterland und die Radikale Partei von Oleh Ljaschko zu Koalitionsgeprächen ein.
29.10.2014	Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel kündigt an, dass der Gasrücktransport aus der EU in die Ukraine nur weiter erfolge, wenn Russland und die Ukraine sich in ihrem seit Monaten andauernden Gasstreit einigen.
30.10.2014	Der US-Botschafter in der Ukraine, Geoffrey Pyatt, kündigt an, dass die USA der Ukraine Militärberater und militärisches Training bereitstellen werden.
30.10.2014	In Nowotoschkiwske im Gebiet Luhansk kommen bei Granatbeschuss von Wohngebäuden mehrere Zivilisten ums Leben. Die Stadtverwaltung beschuldigt die Separatisten.
30.10.2014	Bei Gefechten kommen sieben Soldaten der ukrainischen Armee ums Leben.
30.10.2014	Vertreter des Innenministeriums erklären, dass bisher etwa 300 Verfahren wegen Wahlbetrugs eingeleitet worden seien.
31.10.2014	Russland, die Ukraine und die EU-Kommission einigen sich auf einen Übergangsvertrag über russische Gaslieferungen an die Ukraine. Bis Ende März soll russisches Gas zu einem Preis von 385 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter an die Ukraine geliefert werden. Die Vereinbarung sieht vor, dass der ukrainische Gasversorger Naftohaz an den russischen Konzern Gazprom bis Ende des Jahres 4,6 Milliarden US-Dollar zu zahlen hat, um die ausstehenden Schulden zu begleichen und weitere vier Milliarden Kubikmeter zu erstehen.
31.10.2014	In Donezk kommt bei Gefechten ein Zivilist ums Leben. Ein Soldat der ukrainischen Armee wird getötet.
31.10.2014	Russland und die Ukraine unterzeichnen eine Vereinbarung zur gemeinsamen Grenzkontrolle am Übergang von Kujbyschowo-Djakowo im Gebiet Luhansk.

01.11.2014	Die Vereinten Nationen geben die offizielle Zahl an Todesopfern des Krieges im Donbass mit 4035 an – die tatsächliche Zahl liege jedoch wahrscheinlich weit höher.
01.11.2014	Der ukrainische Geheimdienst SBU beschuldigt die Separatisten in der Ostukraine, im Vorfeld der geplanten Wahlen in Uniformen der ukrainischen Nationalgarde »Provokationen« zu verüben, um die ukrainischen Sicherheitskräfte zu diskreditieren.
01.11.2014	Sechs Soldaten der ukrainischen Armee werden auf dem Gebiet der »Anti-Terror-Operation« getötet.
01.11.2014	Im Gebiet Luhansk kommt ein Grenzschützer bei der Explosion eines nicht näher identifizierten Objekts, möglicherweise einer Mine, ums Leben.
01.11.2014	Das Zentrale Wahlkomitee erklärt, dass die Stimmen aus dem Wahlkreis Nummer 50 im Gebiet Donezk neu ausgezählt werden müssen. Die Polizei hatte dort am Wahltag alle Beobachter, auch zivilgesellschaftliche Organisationen, von der Stimmzählung ausgeschlossen.
02.11.2014	Bei Gefechten in der Zone der »Anti-Terror-Operation« kommen fünf Soldaten der ukrainischen Armee ums Leben. Zwei davon sterben bei der Explosion einer ferngesteuerten Autobombe bei Mariupol.
02.11.2014	Im Gebiet Donezk führen die Separatisten der »Volksrepublik Donezk« und der »Volksrepublik Luhansk« Wahlen durch. Der ukrainische Geheimdienst beklagt zahlreiche Manipulationen und Einschüchterungsversuche der Wählerinnen und Wähler. Gegen die Durchführung der Wahlen gehen die ukrainischen Behörden mit einer Klage vor. Im Gebiet Donezk liegt der bisherige Separatistenführer Oleksandr Sachartschenko bei der Wahl zum »Staatsoberhaupt« mit 81 % der abgegebenen Stimmen am Abend klar in Führung.
02.11.2014	Präsident Petro Poroschenko erklärt, die von den Separatisten im Donbass abgehaltenen Wahlen seien eine »Farce«. Kein zivilisiertes Land erkenne sie an.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> *unter dem Link »Chronik« lesen.*

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.
Verantwortlicher Redakteure für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina), Heiko Pleines
Satz: Matthias Neumann
Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens
Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.
ISSN 1862-555X © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/ukraine/

LESEHINWEIS

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen
Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen
Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste
Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>; Russland: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>; Ukraine: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>; zentalasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter
<https://twitter.com/laenderanalysen>